

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion DieLinke im Rat der Stadt Köln
Ratsgruppe BUNT im Rat der Stadt Köln

An den Vorsitzenden des Ausschusses
Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 14.06.2018

AN/0983/2018

Dringlichkeitsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	18.06.2018

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender - Aufwandsentschädigung und Sitzungsgeld

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrter Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/ Vergabe/ Internationales am 18.06.2018 zu setzen:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die einstimmigen Beschlüsse zur Gewährung von Aufwandsentschädigung, Sitzungsgeld und Verfügungsmitteln der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik vom 22.03.2018 unter TOP 2.1 und der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender vom 22.03.2018 unter TOP 4.1.1 umzusetzen und die jeweiligen Geschäftsordnungen zeitnah entsprechend zu überarbeiten und den zuständigen Gremien zur Vorberatung bzw. zum Beschluss vorzulegen.

Begründung:

Die Sozialverwaltung hat mit Vorlage vom 16.04.2018 (1109/2018) mitgeteilt, wie deutlich unterschiedlich einige Gremien und ihre ehrenamtlichen Mitglieder

behandelt werden. In diesem Kontext teilt sie zudem mit, dass die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender gleichlautende Beschlussempfehlungen an den Ausschuss Soziales und Senioren und den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales zur Gewährung von Aufwandsentschädigung und Sitzungsgeld beschlossen haben. Sie macht zudem klar, dass eine Gleichbehandlung der Gremien im positiven Sinne sinnvoll und erforderlich wäre.

Die Antragsteller greifen diese Einschätzung ausdrücklich auf und werten es nicht nur als Gebot der Gleichbehandlung, wenn die Mitglieder der beiden Stadtarbeitsgemeinschaften analog der Regelung zur Seniorenvertretung Aufwandsentschädigung und Sitzungsgeld erhalten und beide Gremien mit Verfügungsmitteln ausgestattet werden, sondern auch ein als wichtiges Zeichen der Wertschätzung.

Gleiches gilt allerdings auch für andere ehrenamtlich besetzte Gremien, wie z.B. dem Integrationsrat. Auch für diese muss zeitnah eine gremienübergreifende konsistente Logik bei der monetären Ausstattung der ehrenamtlichen Mitglieder erarbeitet und umgesetzt werden.

Begründung der Dringlichkeit

Erfolgt mündlich in Sitzung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin

gez. Michael Weisenstein
Fraktionsgeschäftsführer DieLinke

gez. Thomas Hegenbarth
Ratsgruppe BUNT